

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis einschließlich Frangos monatlich 2,75 M., durch die Post bezogen monatlich 3,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Westerntor 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expeditions: Westerntor 10. Tel. 26 261. Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Arbeitspreis: die 8 Spalten Komposition 1,20 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 8 Spalten Restkomposition 4,50 M. ausschließlich Inland. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inverate sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 2 | Dresden, Sonnabend den 3. Januar 1920 | 31. Jahrg.

Die Friedensrechnung.

Unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Friedens hat der französische Finanzminister, Herr Klotz, in der Depu- tierenkammer eine kleine Rechnung aufgemacht, in der die Schulden des Deutschen Reiches an Frankreich mit dem nied- rigen Betrag von 200 Milliarden figurierten. Wir haben uns in Finanzsachen längst das Stammen und Erbrechen ab- gewöhnt, sagen also, ohne mit der Wimper zu zucken, hinzu, daß es sich natürlich um 200 Milliarden Frank handelt, was beim heutigen Valutastande rund und roh etwa 1000 Mil- liarden Mark ausmacht, und daß mit den Schulden an Frank- reich unsere Schulden noch lange nicht erschöpft sind. Wir haben außerdem auch Schulden an England, Amerika, Italien, Polen, Belgien, von Kleinstgeiten gar nicht zu reden. Möglicherweise werden wir auch noch Schulden an Rußland dazu bekommen, denn der Friedensvertrag von Ver- sailles sieht ausdrücklich vor, daß auch Rußland, wenn es wieder einmal eine geordnete, d. h. in diesem Falle eine der Entente genehmerte Regierung haben wird, seine besonderen Ansprüche an Deutschland stellen kann.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß mit den 1000 Milliarden Mark, die wir Frankreich schulden, unsere Schuldenlast erledigt ist. Man wird, wenn man vorsichtig rechnet, so ungefähr auf das Doppelte dieses Betrages her- ankommen. Ein Rechenmeister mag sich dann weiter das Ver- mögen machen, auszurechnen, in welchem Maße unsere Schuldenlast steigt, wenn sich der Stand unserer Valuta noch weiter verschlechtert. Er wird dabei zu Zahlen kommen, deren Phantasie beinahe schon wieder an das Humorsitzige grenzt. Und dies ist freilich der Trost, der uns geblieben ist, daß es Schlimmes gibt, in denen das Schuldverhältnis anhörl- und Erscheinungen, die zu groß sind, als daß man vor ihnen noch erschrecken könnte. So gibt es schließlich auch Schulden- lasten, die einem keine Sorge bereiten, weil man der ruhigen Gewißheit ist, daß man sie doch niemals bezahlen kann. Ein Privatmann zum Beispiel, der in bescheidenen Verhältnissen lebt, mag sich Sorgen darüber machen, woher er die tau- send Mark nehmen soll, die er schuldig ist und die zum nächsten Erfordernis fällig sind, aber er wird sich nicht beunruhigen, wenn man ihm sagt, daß er einige Millionen bezahlen soll, er wird dann einfach achselzuckend die Taschen umdrehen.

Die Situation Deutschlands seinen früheren Feinden gegenüber wäre genau dieselbe, wenn es bei der Rechnung des Herrn Klotz verbliebe und die Finanzminister der andern Ententestaaten ähnliche Rechnungen aufmachten wollten. Im Friedensvertrag von Versailles ist aber auch schon ausge- sprochen, daß es dabei nicht verbleiben soll, und daß man von Deutschland die volle Bezahlung aller Schulden, die es bei der Entente nach deren eigener Rechnung hat, nicht er- wartet. Theoretisch sind die Schulden Deutschlands an die Entente unendlich. Praktisch sollen sie bis zum 1. Mai 1921 von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden. Der von der Kommission festgesetzte Betrag soll dann in dreißig Jahresraten abbezahlt werden, so daß wenn alles gut geht, Deutschland im Jahre 1950 mit der Bezahlung seiner Kriegsschulden an die Entente fertig sein wird.

Die Ziffern des Herrn Klotz haben also zunächst gar keine reale Bedeutung. Die Entscheidung über die Höhe der von Deutschland zu leistenden Kriegsschuldengängen fällt erst am 1. Mai 1921. Sie wird einseitig von den Vertretern der Entente gefällt, ein bei allen Friedensschlüssen der Welt noch nicht dagewesener Vorgang. Deutschland hat den Gegnern durch Unterzeichnung des Friedensvertrags total- lich einen Blankoscheck auf alles, was es hat, ausgestellt, und wir können sozusagen über die Stiefel an unsere Füßen und über die Haare auf unserm Kopf nicht mehr frei ver- fügen. Der Witz dieser verzweifeltsten Situation ist nun aber der, daß die Entente uns vernünftigerweise keine uner- träglich hohen Forderungen stellen darf, wenn sie nicht leicht- fertig den Zusammenbruch ihres Schuldners und damit ihren eigenen Zusammenbruch herbeiführen will.

Nun, da der Frieden wirklich in Kraft tritt, darf man hoffen, daß die Leidenschaften sich wieder abkühlen und Ver- stand wieder zu sprechen anfangen wird. Die Sieger haben sich durch den Friedensvertrag das Recht gesichert, uns im Namen der Gerechtigkeit so hohe Kontributionen aufzuerlegen, wie es ihnen beliebt. Sie haben damit die Verantwortung für den Wiederaufbau Europas übernommen, der, wie sie selbst wissen, nicht möglich ist ohne ein arbeitssames und dauernd arbeitsfähiges Deutschland. Machen sie uns ar-

beitsfähig und zahlungsfähig, so beschließen sie damit auch ihren eigenen Bankrott. Und das würden sie zweifellos tun, wenn sie die von Herrn Klotz genannte Schuldsumme umgelegt auf Deutschlands Konto legen und ihre Ein- treibung beginnen wollten. Sie werden sich das, nicht aus Liebe zu uns, aber aus Liebe zu sich selbst, noch einmal über- legen.

Die Botschaft hör' ich wohl...

Haag, 3. Januar. Der Oberste Rat hat die Aus- wechslung der Ratifikationsurkunden nunmehr auf den 6. Januar festgesetzt — unter der Voraussetzung, daß alle Fragen über die Vorbereitung für das Inkrafttreten des Friedensvertrages geregelt sind. Die Ratifikation soll in der Form stattfinden, daß die deutschen Delegierten zunächst das Rotenburgerprotokoll unterschreiben. Dann folgt die Aus- wechslung der Ratifikationsurkunden und hierauf wird Clemenceau dem Chef der deutschen Dele- gation einen Brief überreichen, in dem die Alliierten ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck verleihen, ihre Forderungen, betr. die 400 000 Tonnen deutschen Hafenmaterials, herabzu- setzen.

Das Jeronimelli ist also fertig — leider wohl kein Mensch, ob das gleiche auf die für den Austausch erforder- lichen wichtigen Voraussetzungen zutrifft.

Das Friedensringen in Amerika

Haag, 3. Januar. United Press meldet, daß der demokratische Senator Bowerance eine lange Unterredung mit Senator Lodge über das Kompromiß hatte. Hitchcock hatte zwei wichtige Kon- ferenzen, die eine mit Bowerance und Henry White, Mit- glied der amerikanischen Friedenskommission in Paris, und die zweite mit Wilsons Sekretär, Luustig. In diesen Konferenzen hat man sich darüber geeinigt, eine Ratifizierung mit gewissen Veränderungen durchzuführen. Weiter wird mitgeteilt, daß in der Konferenz zwischen Luustig und Hitchcock beschlossen wurde, Präsident Wilson einzuladen, den Kampf für die Ratifizierung im Senat wieder auf- zunehmen.

Der Bälterbund

Zürich, 3. Januar. Die erste Sitzung des ausführenden Rates des Bälterbundes wird, wie der Correkte della Sera berichtet, wahr-

scheinlich erst eine Woche nach Aufstellung des Friedensprotokolls stattfinden. Man hofft, mit dieser Verschiebung dem amerikanischen Senat Zeit zu geben, ein Kompromiß zu finden, das die Ratifizierung des Friedensvertrags bei der Wiederaufnahme der Sitzungen des Kongresses in der ersten Januarwoche gestattet. Zu dem Zweck, die Eigenliebe der Regierung der Vereinigten Staaten zu schonen, ist bis dahin auch die Zusammenkunft der Regierungschefs der Alliierten in Paris verschoben worden. Man wolle nicht den Eindruck erwecken, daß die Alliierten aus der notgedrungenen Abwesenheit Amerikas einen Nutzen ziehen und entscheidende Entschlüsse fällen könnten, ohne Amerika zu befragen.

Die alliierte Hafenskommission

Danzig, 3. Januar. Die alliierte Kommission, die die Be- schäftigung der im Danziger Hafen liegenden Schwim- mboots, Schwimmkäne, Bagger und Schlepper vor- nehmen soll, trat gestern nachmittag auf der Danziger Weiche ein. Das gefasste Schwimmboot von 60 000 Tonnen konnte die Kom- mission in Danzig nicht entdecken, da es in Richtung nicht vorhanden ist.

Die gefährliche deutsche Wehrmacht

Amsterdam, 3. Januar. Aus London wird ge- meldet: Die Times lehren, daß die Zahl, welche von den Alliierten über die Stärke der deutschen Armee bekannt- lich wurde, demselbe, daß die Times in der ersten Hälfte des Dezember nicht übertrieben haben, als sie die deutsche Armee auf 700 000 Mann schätzten. Wenn auch Deutschland bittet, eine größere Anzahl Truppen behalten zu dürfen, müssen die Alliierten dies nicht zugeben; vor allem von reaktionärer Seite droht nun Gefahr. Gerade die Freiwilligenkorps sind am meisten ge- fährlich und müssen abgeschafft werden.

Bern, 3. Januar. In einer Note an die deutsche Abordnung in Paris weist die Entente auf die angebliche Häufung von militärischen Nachmitteln in Oberschlesien hin.

Die belgische Heeresstärke

Haag, 3. Januar. Aus Brüssel wird gemeldet: Der Senat nahm ein Gesetz an, das die Heeresstärke auf 100 000 Mann festsetzt. Auch die Kredite dazu wurden vom Senat einstimmig bewilligt.

Die aufgestörte Welt

Der rote Islam

Paris, 2. Januar. Es entwickelt sich eine antienglische Propaganda, in den mosambikanischen Staaten Zentral- asiens. Die bolschewistische Liga, unter dem Namen Liga zur Befreiung des Ostens, proklamiert, daß die Persien und Afghanistan als Lande dienen sollen, um das rote Evange- lium in Indien einzuführen. Das Gerücht, daß En- ver-Pasha kürzlich in Kaschmir eingetroffen ist, scheint nicht ohne Bedeutung zu sein. Eine Londoner Depesche aus Delhi an den Temps meldet, daß sich die indische Regierung lebhaft mit der bolschewistischen Propaganda in Zentralasien und deren Absicht ihr Programm in Indien einzuführen, beschäftigt.

Die Pariser Zeitungen veröffentlichen Einzelheiten über Unruhen in Persien. Eine Depesche aus Teheran an den Temps meldet, daß die Lage an der nördlichen Grenze Persiens sich verschlechtert hat. Bolschewisten rücken längs der transkaspischen Bahn vor und machen erbitterte Anforderungen, die Stellung von Krasnowohl, den Endpunkt der Bahnlinie am Kaspischen Meer zu erreichen. Obwohl amtlich in London eingetroffene Nachrichten melden, daß die roten Truppen noch mehr als 120 Kilometer von dieser Stadt entfernt seien, meldet der Times-Korrespondent, daß sie viel näher seien und daß sich die weißen Truppen zurückziehen. Der Grund für das Zurückziehen der roten Truppen, das Kaspische Meer zu erreichen, ist offensichtlich das dringende Bedürfnis nach Petroleum.

Bei der Gründung des indischen Nationalkon- gresses in Amritsar hielt nach einer Timesmeldung der Präsident des Kongresses eine Rede, in der er sagte: Der Friede in der Welt sei teilweise hergestellt. Die 14 Punkte Wilsons seien jedoch tot. Wehe dem Verleugten, sei die Lösung. Rußland, das den Frieden holt, könne man nicht zur Ruhe kommen. Das Los der Türkei hänge in der Schwebe. Irland und Ägypten müßten die Macht des britischen Reiches fühlen. In Indien sei das Kriegrecht weiter gehandhabt worden, um Frucht in das Herz des indischen Volkes zu pflanzen und um einwige kommende Schwierigkeiten zu vermeiden.

Die Times melden aus Bombay, daß die indischen Kommandanten die Teilung der Türkei oder die Erteilung von Mandaten für Teile der Türkei als einen Angriff auf ihre Religion ansehen würden.

Belagerungszustand in Teheran

Basel, 3. Januar. Einlich von Teheran haben, wie der Correkte della Sera aus Konstantinopel berichtet, neue

Sämpfe zwischen russischen und Truppen ausgebrochen. Heftig Lechman wurde der Belagerungszustand verlängert. Die Führer der unabhängigen Bewegung sind verhaftet worden.

Der Welt Corriere berichtet, der Vize-Russ Goyette zufolge würde folgende Lösung bezüglich der Türkei den Sieg bewirken:

Konstantinopel und die Meerengen würden internationalisiert und England und Frankreich dort gemeinsam eine Vormachtstellung ausüben. Der Sitz der türkischen Regierung befindet sich in Kleinasien. Der Sultan würde als Oberhaupt der Türken in rein religiöser Beziehung anerkannt und Konstantinopel bleibe in gleicher Beziehung die Hauptstadt des Landes.

Kritische Lage in Bulgarien

Bern, 3. Januar. Wie die Suisse aus Sofia über Belgrad meldet, ist die Lage in Bulgarien sehr ernst. Die Regierung wird wahrscheinlich den Kriegszustand über das ganze Land verhängen. In einer Massenversammlung der kommunistischen Partei wurde von einem Offizier eine Bombe geworfen, durch die fünf Personen getötet wurden. Der bulgarische Generalkom- mandant Korotow hat dimissioniert und wird durch Oberst Kefuljanow ersetzt werden.

Nieffels Rückkehr

Berlin, 3. Januar. Wie die Deutsche Allgemeine Zeit- ung zuverlässig erzählt, ist General Nieffel, der Führer der Verbandskommission zur Heberwahrung der Räumung des Baltikums, nach Erledigung seines Auftrages mit seinen Offizieren wieder in Berlin eingetroffen. Lediglich der der Kommission angehörende britische General Torner ist noch in Riga geblieben.

Denekins Pläne

Aus Rotterdam wird gemeldet: Nach englischen Berichten hat eine Zusammenkunft des Generals von Denekin's Armee am 17. Dezember unter dem Vorhild Denikin selbst einen Plan der Verbände beschlossen, eine Bewegung von antibolschewi- schen Organisationen einzuleiten, um ein einheitliches Vorgehen aller antibolschewistischen Streitkräfte gegen die Rotregierung zu